

Jetzt reicht's: Auf zur Demonstration am 21. Oktober in Stuttgart

Das geht besser – Aber nicht von allein



Rente mit 67 und mit 16 keinen Ausbildungsplatz

Am Samstag, dem 21. Oktober, ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zu einem Bundesweiten Aktionstag in fünf Städten auf. In Baden-Württemberg ist der zentrale Versammlungsort Stuttgart. Worum geht es uns?

Während Arbeitslose bei den Arbeitsagenturen schon mit Mitte 40 als schwer vermittelbar gelten und kaum noch Betriebe Menschen mit 60 Lebensjahren beschäftigen, soll die gesetzliche Rente in Zukunft erst mit 67 beginnen. Im Schwarzwald-Baar-Kreis liegt die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen bei stabilen 25 Prozent. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit würde im Schwarzwald-Baar-Kreis nicht zu einem Aufschwung der Beschäftigung der über 50-Jährigen führen, sondern nur zu einer weiteren Reduzierung der Rentenhöhe. Gleichzeitig liegt die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bei 15,4 Prozent.

Das bedeutet, dass die Älteren immer länger arbeiten sollen – während die Jüngeren auf der



Gesundheit nur noch für die, die es sich leisten können

Straße sitzen und ihnen ein Einstieg in das Arbeitsleben verwehrt bleibt. Aus unserer Sicht ist es falsch »Opa« bis 67 arbeiten zu lassen und den Enkel auf der Straße sitzen zu lassen. Wir müssen ein größeres Augenmerk auf die Bildung und Weiterqualifikation legen.

Mehr Bildung

Der OECD-Bericht zum Bildungsstand zeigt, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland auf dem falschen Weg sind. Die Industrie- und Handelskammern klagen seit Jahren über mangelhafte Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsreife der Arbeits- und Ausbildungsplatzbewerber. Wir wollen, dass unsere jungen Kolleginnen und Kollegen einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhalten, um im internationalen Vergleich nicht noch weiter abzufallen. Dabei ist vor allem die Politik gefordert.

Sollte dennoch der Sprung in den Betrieb geglückt sein, will die Regierung die Mitbestimmung der Beschäftigten schleifen. Selbst Firmen mit Milliardengewinnen entlassen Tausende von Mitarbeitern. Immer häufiger haben Unternehmensberater und Spekulanten das Sagen – auch bei uns in der Region. Die Berater interessieren sich nicht für das längerfristige Wohlergehen eines Unternehmens. Sie wollen das schnelle Geld. Dabei braucht ein moderner Betrieb keine Unternehmensberater mit schwarzen Anzügen und schicken Autos. Man muss als verantwortungsbewusster Chef nur die in Deutschland übliche strenge Hierarchie durchbrechen und die eigenen Beschäftigten fragen, was sie im betrieblichen Ablauf anders (bes-

ser) machen würden. Die Mitbestimmung im Betrieb sichert letztlich dem Beschäftigten selber den eigenen Arbeitsplatz – das ist die höchste Motivation.

Für Bürgerversicherung

Im Jahr 1883 wurde die Krankenversicherung als erste von heute fünf Sozialversicherungen ins Leben gerufen. Die Krankenversicherung war von Anfang an eine Pflichtversicherung. Das bedeutet, jeder Arbeiter musste ihr angehören und Beiträge zahlen. Dafür bekam der Arbeiter Leistungen von der Krankenkasse: freie ärztliche Behandlung, kostenlose Medikamente und Hilfsmittel. Kaum ein europäisches Land gibt für die Gesundheit

mehr Geld aus als Deutschland. Aber bei der Qualität liegen wir nur im Mittelfeld. In der Folge werden Milliarden verschwendet. Die Beitragszahler sollen diese Verschwendung wieder einmal durch höhere Beiträge ausbügeln. Nirgendwo sonst in Europa wird das Gesundheitssystem so ungerecht finanziert. Ausgerechnet die finanziell Stärksten klinken sich aus. Seit Bismarck werden nur Löhne und Gehälter zur Finanzierung herangezogen. Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Kapitalverzinsung und Vermietung bleiben außen vor. Die Gesundheitsreform verschärft diese Probleme noch. Der geplante Gesundheitsfonds sieht eine Grundpauschale für jeden Versicherten vor. Reichen die Finanzen der jeweiligen Krankenkasse nicht aus, werden Kopfpauschalen fällig. So stehen die Kassen vor der Wahl: Entweder sie führen Kopfpauschalen ein oder sie müssen Leistungen streichen. Leidtragende sind die Beschäftigten, Familien Rentner und Geringverdiener.



Jetzt reicht's. Auf nach Stuttgart



Steuern für die Unternehmer senken und die Normalverdiener zahlen drauf

Zu schlechter Letzt soll auch noch durch die Unternehmenssteuerreform vielen Betrieben Steuererleichterungen verschafft werden, und die Normalverdiener sollen den Ausfall ersetzen. Jetzt reicht's. Das geht besser – Aber nicht von allein. Jetzt sind wir gefordert. Raus zur Gegenwehr – auf zur Demonstration. Wir wollen nicht länger als Melkkühe für die verfehlte Politik unserer Volksvertreter bezahlen. Eine andere Politik ist möglich. Über die Abfahrtszeiten der Busse zum Demonstrationsort wird rechtzeitig informiert. ◀



Rente mit 67, Hartz IV, Zwei-Klassen-Medizin

Impressum
 IG Metall
 Villingen-Schwenningen
 Arndtstraße 6
 78054 Villingen-Schwenningen
 Telefon 0 77 20-83 32-0
 Fax 0 77 20-83 32-22
 E-Mail: villingen-schwenningen@igmetall.de
 Redaktion: Michael Ruhkopf
 (verantwortlich)